

Ma 1916  
750  
1250  
1950  
2700  
50  
100  
325  
550  
95  
195  
419  
me  
M.  
usw.

# Beilage zu Nummer 109 der Volksstimme.

Mittwoch den 10. Mai 1916.

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 10. Mai 1916.

### Sozialdemokrat. Partei, Agitationsbezirk Frankfurt a. M.

Parteigenossen und Genossinnen!  
Hiermit berufen wir eine

### Außerordentliche Bezirkskonferenz

die am Sonntag den 25. Juni, vormittags Punkt 10 Uhr, stattfindet. (Tagungsort und Lokal wird den Kreisgruppen rechtzeitig mitgeteilt.)

#### Tagungsordnung:

1. Geschäftliches.
2. Die Pressefrage.
3. Aussprache über die bestehenden Parteibezirke.
4. Wahl des Bezirksvorstandes.

Für die Bescheidung der Konferenz, Stellung von Anträgen kommen folgende Bestimmungen des § 15 unseres Organisationsstatuts in Frage:

1. Anträge, die Aufnahme in die gedruckte Vorlage finden sollen, sind bei dem betreffenden Agitationskomitee so zeitig einzuweisen, daß dieselben mindestens drei Wochen vor dem Stattfinden der Konferenz durch die Parteipresse bekanntgegeben werden können.

2. Zur Teilnahme an den Konferenzen sind verpflichtet: a) die Delegierten der Wahlkreise, b) die Wahlkreisleiter, c) die Mitglieder des Agitationskomitees. Berechtig zur Teilnahme an den Konferenzen sind ferner: a) die Reichstagsabgeordneten und Kandidaten des Bezirkes, b) je ein geschäftlicher und ein redaktioneller Vertreter der Parteizeitungen des Bezirkes. Jeder Teilnehmer an der Konferenz hat beratende und beschließende Stimme.

3. Jeder Wahlkreis kann ohne weiteres drei Delegierte und ferner auf jede Vollzahl von 300 organisierten Genossen einen weiteren Delegierten zur Konferenz entsenden.

4. Die Verteilung der Delegierten auf die Parteizeiteile regelt jeder Wahlkreis selbständig. Die Delegationskosten hat jeder Wahlkreis selbst zu tragen; in Unvermögensfällen trägt sie der Agitationsbezirk. Jeder Delegierte hat sich durch ein Mandat der von ihm vertretenen Genossen zu legitimieren.

Die Grundlage zur Delegation bildet die Mitgliederzahl am 31. März 1914. Mandatsformulare erhalten die Kreisgruppen in den nächsten Tagen zugestellt.

Mit Parteigrüß:

Der Bezirksvorstand: J. A.: Eduard Graf.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Sonntag, 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bewilligung der erforderlichen Mittel zur Beschaffung von Lehrmitteln für die Volksschule an der Lohnstraße. Ver. Fin.-A. 2. Gewährung von Feuerungszulagen an häusliche Angestellte und Arbeiter. Ver. Fin.-A. 3. Antrag eines Grundstücks am Wartturm. Ver. Fin.-A. 4. Neuwahl eines Schiedsmannes und eines Stellvertreters für den 1. Bezirk. Ver. Wahl.-A. 5. Neuwahl eines Armenpflegers für das 2. Quartier im VIII. Armenbezirk. 6. Mitteilungen des Magistrats über den Stand der Lebensmittelverknappungsfrage.

Die Stadt und die Vorortgemeinden. Bei den Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Vertretern der Vorortgemeinden wegen des Lebensmittelverkaufs ist es zu einem Kompromiß gekommen, der beide Teile zufrieden stellen wird. Gestern abend fand eine Besprechung der Preisfestsetzungsstelle statt, in der die Abmachungen genehmigt wurden. Der Magistrat ist der Meinung, daß lediglich durch die Begründung eines Wirtschaftsverbandes zwischen Wiesbaden und seinen Vorortgemeinden den berechtigten Wünschen aller Rechnung getragen werden könne. In einer neuen Verordnung des Magistrats wird die Angelegenheit ihre endgültige Regelung finden.

Die Lebensmittelpreise werden selbstverständlich fortgesetzt auch von der Polizeibehörde im Auge behalten. In allen Fällen, in denen die Polizei, sei es infolge eigener Vorkehrungen oder infolge von Mitteilungen aus dem Volksmund Ueberschneidungen feststellen kann, wird mit aller Entschiedenheit eingegriffen. Der Verbraucher darf sich aber auch nicht scheuen, Fälle zur Kenntnis der Behörde zu bringen und seinen Namen zu vertreten, in denen er widerrechtliche Ausnutzung der Notlage des Volkes oder eine Uebertretung der im Verkauf von Lebensmitteln regelnden Verordnungen zu erkennen glaubt.

Handlungen nach Fleisch. Die städtische Polizei in Köln hat gestern in zahlreichen Metzgereien Durchsuchungen nach Fleisch vorerhalten ab. Dabei wurden bei dem Großschlächter Sommer über 10 000 Pfund Schinken, Speck, Rindfleisch und Würstchen vorgefunden, die teilweise schon in Fäulnis übergegangen waren. Es stellte sich heraus, daß Sommer fortgesetzt gewaltige Mengen Fleisch nach anderen Städten zu hohen Preisen ausführt. Die Polizei beschlagnahmte das unverdorben Fleisch und setzte es dem Schlachthof zu, wo es sofort verkauft wurde. Wegen Sommer, dessen Geschäft geschlossen wurde, ist Auflage erhoben worden.

Lebensversicherung und Mindestgehalt im Versicherungsgewerbe. In dem bedeutenden Zweig des deutschen Versicherungsgewerbes, der Lebensversicherung während der Kriegszeit ein bedauerliches Einbuße erlitten. Die Gewinne stiegen für 1914 den glänzenden Friedensgewinnen nach. Auch für 1915 sind sie nach den jetzt erscheinenden Berichten nicht geringer. Die in der Kriegszeit eingetretene Lebensversicherung macht eine Aufbesserung der oft niedrigen Beamtengehälter durch Feuerungszulagen notwendig. Eine Reihe von bedeutenden Unternehmungen sind auch bereits zur Gewährung von Feuerungszulagen während der Kriegszeit geschritten. Um jedoch die Gesamtheit des Gewerbes, vor allem den noch rückständigen Versicherungsgewerbe, Anhaltspunkte für soziale Kriegseinstellungen zu geben, der anerkannterweise besonders mit Arbeit belasteten Beamten zu bieten, stellte der Verband der deutschen Versicherungsunternehmen e. V. Kriegsmindestgehälter auf, die für berufstätige Beamte, wertvolle Tätigkeit leistende Beamte o. d. anwesenden. Die Höhe dieser sozial und national notwendigen Kriegsmindestgehälter beträgt für Ledige 150 Mark monatlich, für Ver-

heiratete ohne Kinder 200 Mark monatlich, für Verheiratete mit Kindern für die beiden ersten Kinder je 200 Mark, für jedes weitere Kind je 100 Mark monatlich mehr.

## Aus dem Kreise Wiesbaden.

Mainz, 9. Mai. (Verdächtige Reisende.) Als solche wurden, wie dem „Wiesb. Tagebl.“ erzählt wird, vor einigen Tagen zwei Damen angefaßt, die in einer Droschke in Begleitung eines Herrn zu nächstlicher Stunde über die Rheinbrücke fuhren, um nach Wiesbaden zu gelangen. Da man die Droschke nicht mehr einholen konnte, telephonierte man nach Kastel, wo man das Fuhrwerk festhielt. Bei näherer Befragung der Insassen stellte es sich heraus, daß der Verdacht gerechtfertigt war. Die zwei Damen entpuppten sich nämlich als zwei geschlachtete Schweine, die in dieser Verkleidung über die Grenze geschmuggelt werden sollten. Natürlich mußte die Weiterreise nach Wiesbaden unterbleiben, sehr zum Leidwesen des Begleiters, der im letzten Augenblick so knapp vor der Grenze seinen schon ausgedachten Plan vereitelt sah. — Ob sich die Geschichte wirklich so zugetragen hat, konnten wir nicht nachprüfen, sagt das „Tagebl.“. Vielleicht ist sie auch nur erdacht worden, weil sie so hübsch die Grenzsperrung unserer Nachbarstaaten illustriert.

Bierstadt, 9. Mai. (Ein dreifacher Heberfall.) wurde heute in der Frühe auf einen Unternehmer von einem um Arbeit ansprechenden Menschen gemacht. Auf die ihm erteilte Antwort, daß keine Arbeit vorläge, schlug der Bohler dem Fabrikieren über den Kopf. Durch den Hülfesruf des Verletzten kamen in der Fabrik beschäftigte Leute hinzu, nahmen zunächst einmal Unzufriedenheit an dem Kaufmann vor und übergaben ihn dann der Polizei.

Rüdesheim, 9. Mai. (Ein schwerer Schiffsunfall) hat sich am Sonntag bei Rüdesheim ereignet. Der Radschleppdampfer „Oberpräsident Rasse“ fuhr mit drei beladenen Schleppkähnen der Rheider Heeren bergwärts. Zur gleichen Zeit kam der Radschleppdampfer „Straßburg Nr. 1“ mit zwei beladenen und zwei leeren Schleppkähnen zu Tal. Bei Rüdesheim verlor das Ruder des zweiten Harpenkähns. Der steuerlose Kahn fuhr dem Schleppdampfer „Straßburg Nr. 1“, der nicht mehr ausweichen vermochte, in den Radschleppdampfer und zerschmetterte das ganze linke Rad des Bootes. Dieses verlor seine Fahrt nicht mehr fortzusetzen und mußte nach Rüdesheim gebracht werden. Der Harpenkahn trug bedeutenden Schaden im Vordersteil davon. Er wurde noch bis zur neuen Rheinbrücke geschleppt und dort abgeworfen. Der Kahn hat Kosten geladen, die nach dem Oberkreuz bestimmt sind.

## Aus den umliegenden Kreisen.

### Militärischer Jugenddrill.

Der Bürgermeister der Gemeinde Schwanheim a. M. hat vor einigen Tagen an die jungen Leute der Jahrgänge 1898 und 1899 nachfolgenden Was verordnet:

Begünstigt auf die schon wiederholt in Tageszeitungen behördlich erlassenen Hinweise und Notizen, betreffend die militärischen Vorbereitungen der Jugend, wird in Anbetracht der bisherigen günstigen Ergebnisse bei den Musterungen darauf hingewiesen, daß zukünftig alle Jungmänner der Jahrgänge 1898 und 1899 für die Teilnahme an der militärischen Jugendvorbereitung gewonnen werden, um den Körper zu kräftigen, zu härten und auch noch die Ausbildung als Rekrut später zu erleichtern.

Da Sie bisher der Jugendwehr noch nicht angehört haben, wird seitens des Herrn Landrats in Höchst a. M. nunmehr erwartet, daß Sie sich auf Ihre Pflichten für das Vaterland besinnen und alsbald zum Eintritt bei dem Leiter der hiesigen Jugendwehr, Herrn Lehrer Günster, ungekündigt anmelden, damit die Beteiligung noch eine rege wird zum Nutzen und Frommen unseres Vaterlandes.

Nach Verlauf von acht Tagen werde ich dem Herrn Landrat die Namen derjenigen mitteilen, welche der Anforderung keine Folge geleistet haben, damit derselbe alsdann die erforderlichen Maßnahmen treffen kann.

gez. Diefenhardt.

Bermutlich ist auf Weisung des Landrats in Höchst auch in den anderen Orten seines Kreises ein ähnliches Rundschreiben erlassen worden. Es wird also jetzt ziemlich offen ein „sanfter Druck“ auf diejenigen jungen Leute ausgeübt, die sich nicht freiwillig an dem militärischen Jugenddrill beteiligen wollen. Man darf gespannt sein, welche „erforderlichen Maßnahmen“ der Landrat treffen will, um die widerpenstigen jungen Leute für die Sache zu begeistern. Daß Zwang und Strafen nicht geeignet sind, die Begeisterung für diese Übungen zu heben, dürfte wohl auch der Herr Landrat wissen.

### Reichstagswahlen, Reichssteuern und die hessischen Nationalliberalen.

Der geschäftsführende Ausschuß der hessischen nationalliberalen Partei war am Freitag in Darmstadt vollzählig zu einer Sitzung zusammen, die unter Vorsitz des Abg. Dr. Osann stattfand. Er beschäftigte sich zunächst mit der von dem Zentralbureau der nationalliberalen Partei in Berlin gegebenen Anregung bezüglich der demnächstigen Reichstagswahlen. Im allgemeinen stand man auf dem Standpunkt, daß Reichstagswahlen während des Krieges und auch angemessene Zeit nach dem Kriege nicht stattfinden möchten. Ueber die Zeit, wann nach dem Kriege Reichstagswahlen abzurufen werden sollten, wurde eine Beschlusfassung nicht vorgenommen. In bezug auf die Steuerfragen, insbesondere der Reichssteuern, wurde einstimmig die Notwendigkeit betont, auf dem Boden der bundesstaatlichen direkten Steuern (Einkommen- und Vermögenssteuer) stehen zu bleiben und Widerspruch gegen die Erhebung direkter Steuern durch das Reich geltend zu machen. Gegenstand eingehender Besprechung war auch das jüngst in der „Hessischen Landeszeitung“ erschienene „Offene Ersuchen an Herrn Justizrat Dr. Osann“. Man stellte sich allgemein auf den Standpunkt, daß die Politik des Herrn Staatssekretärs Helfferich nach allen Richtungen hin unterläßt werden sollte. Die Steuerpläne des Staatssekretärs fanden die einstimmige Billigung der Versammlung; es wurde von allen Seiten ihre völlige Unterstützung bekräftigt, da sie im Interesse des Reiches und auch der Bundesstaaten gelegen und durch die Finanzlage des Reiches gerechtfertigt seien.

Von Nationalliberalen läßt sich nichts anderes erwarten.

Schwanheim a. M., 9. Mai. (Eingegangene Hamster.) Eine Gesellschaft hiesiger Einwohner, die seit eini-

ger Zeit regelmäßig nach Kellertbach zum „Hamstern“ ausging, wird am vergangenen Sonntag ihren letzten Raubzug unternommen haben. Wie es bei solchen Angelegenheiten immer zu gehen pflegt, so ging es auch hier. Es wurde immer „noch einer gemacht“, der letzte beim Wirt Sander. Um den Heimweg zu Fuß zu machen, dagegen sträubten sich die wankenden „Untertanen“ und man benutzte daher den letzten Eisenbahnzug. Der Stationsvorsteher, dem die von den Leuten getragenen diesen Rücksack und Sandtaschen verdächtig vorkamen, telephonierte an den Gendarmen, der dann die Gesellschaft noch rechtzeitig abfang und die „teuren“ Butterwecke, Würste, Speckseiten und Eier konfiszierte.

Griesheim, 9. Mai. (Die neue Waldschule.) Von der Gemeindevertretung und Schuldeputation wurden am Sonntag eine Besichtigung der nun fertigen Schule vorgenommen. Der Architekt und Bauleiter Herr Buder aus Griesheim gab den Anwesenden an Hand der Zeichnungen zunächst einen Überblick über den Bau und seine Einrichtungen. Mit einem Kostenaufwand von 325 000 Mark wurde der Bau ausgeführt und für 16 Klassen eingerichtet; außerdem sind im Dachgeschoß noch ein Zeichenlokal und ein Saal für Vorträge vorhanden. Der Rundgang durch den Bau zeigte im Erdgeschoß die Heizungsanlage, Vadeeinrichtung, einen Handarbeitslokal für Knaben und eine Kochschule. Die Lehrstühle sind abwechselnd in den drei Stockwerken verteilt, dazwischen liegen die Räume für Lehrer und Lehrerinnen, den Rektor und ein Konferenzzimmer, alles abgeben ausgestattet. Der Korridor schneidet den gewöhnlichen Bau der Länge nach in zwei Teile, so daß Licht und Luft genügend vorhanden sind. Einen besonders guten Eindruck macht die Färbung in den Korridors und Treppenhäusern, die aus polierten Tonplatten besteht. Auch sei lobend die Turnhalle mit ihren Einrichtungen erwähnt. Alles in allem hat die Schule auf die Besucher einen guten Eindruck gemacht. Daß die Schule so weit außerhalb der Gemeinde liegt, gefällt diesen Leuten nicht.

Griesheim, 9. Mai. (Mehr Ruhe!) Zu unliebsamen Auftritten kam es am Freitag bei dem Verkauf von Feiern, wobei der Polizeibeamte Wachenbörner mit dem blank gezogenen Säbel gegen die Frauen vorging. Es ist das erste Mal, daß sich die Frauen über den Beamten beschwerten; vielleicht läte man gut, einen anderen Beamten mit der Aufsicht zu betrauen, der nicht so heiß ist. Zudem hat dieser ganze Eierverkauf Anstoß erregt, weil die Eier 24 Pfennig kosteten. — (Zeichenlinderung.) Die am Montag hier geländete Knabenleiche wurde als die des 13jährigen Feing Otto Wolfstetter aus Frankfurt ermittelt.

+ Königstein, 9. Mai. (Eine Kuhhandelsgeschichte), wie sie wohl nicht alle Tage vorkommt, hat sich hier ereignet. Die Frau eines Kriegsteilnehmers kaufte von einem Händler und Gostwirt eine hochträgliche Kuh für 680 Mark. Der schlaue Verkäufer nahm aber von dem Geld nur 600 Mark und ließ durchblicken, daß er für die restlichen 80 Mark das zu erwartende Kälbchen beanspruche. Wohl oder übel ging die Frau, die ohnehin mit Geldgütern nicht gesegnet ist, auf diesen Vorschlag ein. Als das begehrte Kälbchen das Licht der Welt voller Wunder erblickte, stellte sich auch schon ein Metzger ein, der sich durch Zahlung von 120 Mark das Geschöpf bei der Frau sicherte. Natürlich geriet darüber der Händler in große Wut; aber alles Schimpfen war umsonst. Die Frau sandte ihm die restlichen 80 Mark und 2 Mark extra als Trinkgeld, weil er öfter in Stücke erschien und nach der Kuh sah, und er nahm das Geld, wenn auch sein Horn noch nicht verarscht ist. Ob ihm schon mehr solcher Geschäfte geblüht sind?

Homburg v. d. H., 10. Mai. (Großer Kirchendiebstahl.) Ein frecher Einbruch wurde Montag nacht in der Gedächtniskirche im Stadtteil Kirchorf verübt. Ein Einbrecher stieg durch eine eingedrückte Scheibe in die Kirche und durchwühlte alle Räume. Nebenfalls war es ein gewiegter Kirchenräuber; denn er hinterließ weder Fingerabdrücke, noch sonst irgendwelche Spuren, die auf ihn führen können. Mit großer Sachkenntnis vollzog er seine Diebstähle; alles, was initiiert ist, ließ er liegen, die edelsten Goldsachen nahm er mit. Vor allem hatte er es auf die historischen Kirchengeräte aus der Schloßkirche abgesehen. So nahm er zwei Kreuze, Abendmahlskannen, Taufstannen, Taufschiffe, alles aus Gold, und eine Krone aus Silber mit. Der Wert der gestohlenen Geräte läßt sich, da ihnen Altertums- und Liebhaberwert zukommt, nicht in Zahlen sagen; er ist sehr beträchtlich. — (Zerschmetterten.) Hier wurden zwei Zerschmetterten festgenommen. Es sind die Verkäuferinnen Lina Kreuzer aus Oberlindweiler (Kreis St. Wendel) und Elise Kraus aus Weisenau bei Mainz. Die beiden wohnten acht Tage in einem ersten hiesigen Hotel und verschwand unter Hinterlassung einer Zahlschuld von 140 Mark. Dann gingen sie in ein anderes Hotel und speisten vorzüglich. Als es zum Zahlen kam, war die eine verschwunden, die andere hatte kein Geld. Der Wirt ließ die beiden Frauen verhaften.

Aus dem Oberaunus, 9. Mai. (Enteignung von Schlachttiere.) In den Kreisen Oberaunus und Höchst halten verschiedene Viehbesitzer ihr schloßkreises Vieh zurück. Infolgedessen wurden durch besondere Ausschüsse Beschlüsse der Viehbesitzer vorgenommen und die schlachttreuen Tiere festgesetzt. Bei nicht freiwilliger Abgabe erfolgt sofortige Enteignung.

Altenstadt (Oberhessen), 9. Mai. (Erstickten.) Am Sonntag abend kam es hier zwischen jungen Burtschen zu einer Schlägerei, in deren Verlauf einer der Messerstecher seinem Gegner das Messer mit solcher Wucht in den Hals stieß, daß der junge Mann nach kurzer Zeit an Verblutung starb. Einige andere Burtschen wurden ebenfalls erheblich verletzt.

Neu-Heuburg, 8. Mai. (Kohlenkaffe „Ceres“.) Die Kohlenkaffe „Ceres“ hielt in der „Harmonie“ ihre Generalversammlung ab, die nur mäßig besucht war. Aus dem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr ging hervor, daß die Kohlenbeschaffung große Schwierigkeiten bereite. Die Einnahmen und Ausgaben schrieben mit 102 555,90 Mark, die Aktien und Passiven mit 22 050,52 Mark ab. Der Kassierer bemängelte den geringen Kartenumsatz durch die Erheber und betonte, daß im Winter die Mitglieder zunächst berücksichtigt werden, die im Sommer Karten genommen haben. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Mitgliederstand beträgt zurzeit 1480. Die Wahlen zum Vorstand ergaben die Wiederwahl der drei ausscheidenden Herren Kahlle, Köller, Worsel. Für vier im Felde stehende Vorstandsmitglieder wurden für die Dauer des Krieges noch die Herren Schiedemay und Woltraum als Ersatz gewählt.

Neu-Heuburg, 10. Mai. (Brand.) Beim Rehger Wirt brannten heute morgen Schlachthaus und Stallung mit Hen- und Strohvorräten ab. Als die Feuerwehre kam, war nichts mehr zu retten. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

Darmstadt, 9. Mai. (Die Leiche ohne Kopf.) Ein unheimlicher Fund wurde am Sonntag abend zwischen 6 und 7 Uhr von einem Landsturmmann gemacht, der bei einem Ausflug im Oberwald, etwa 1400 Meter vom Oberwaldhaus entfernt, im Dickicht am Brunnenweg plötzlich auf die schon stark verweste Leiche eines Mannes stieß. Der Leichenfund

machte einen um so unheimlicheren Eindruck, als dem Rumpf der Kopf fehlte, der auch bei sorgfältiger Nachforschung in der Umgebung nicht gefunden werden konnte. Auf die Meldung des Landsturmmannes hin hat die hiesige Kriminalpolizei sofort alle notwendigen Schritte unternommen, um festzustellen, ob hier ein Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt. Die Identität des Leichnams konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

**Limburg, 9. Mai.** (Glückliche Gefangene.) Wie man dem „Wiesb. Ztbl.“ mitteilt, gelang es dem hiesigen Gefangenenlager mühelos, sich mit Fleisch zu versorgen. Die Viehhändler haben gar keine Schwierigkeit, Schlachtwild zu bekommen. Das Pfund Fleisch stellt sich auf den Litz auf 1,50 Mark. In der letzten Woche war es dem Lager sogar möglich, 8 Zentner Fleisch an ein Lazarett weiterzugeben. Die gegenwärtige Fleischknappheit ist nach den Erfahrungen, die das Lager gemacht hat, in erster Linie auf die Syndizierung des Viehhandels zurückzuführen.

**Aus Frankfurt a. M.**

**Die Lebensmittelversorgung.**

**Zur Behandlung der Frage in der Stadtverordneten-Versammlung.**

Die immer fühlbarer sich machende Lebensmittelknappheit hat zur Folge, daß sich die berufenen Instanzen jetzt doch etwas eingehender mit der Lebensmittelversorgung befassen. Man sieht nun auch bei den höchsten Stellen ein, daß auf diesem Gebiet vieles versäumt worden ist. Das kann man aus den Verordnungen und Bekanntmachungen der Regierung in den letzten Wochen herauslesen. Die Regierung kann aber von ihrer Schuld auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung nicht freigesprochen werden. Sie hat fast allgemein völlig versagt, ihre Entscheidung immer zu spät getroffen. Daran ändert nichts, wenn die Regierung nun versucht, Versäumtes nachzuholen. Die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben ihr den Weg gezeigt, den sie schon vor mehr als Jahresfrist hätte gehen müssen. Die Regierung hat sich aber kaum danach gerichtet — die Folgen sehen wir nun.

Der Lebensmittelwucher hat sich unter den ungenügenden Maßnahmen der Regierung läppig entfalten können. Das muß jetzt sogar von der Regierung nachstehenden Presse anerkannt werden. So schrieb der „Berliner Lokal-Anzeiger“ vor einigen Tagen:

„Die zuständige Reichsstelle hat auch nicht verhindert, daß fast alle Nahrungsmittel auf reichlich das Dreifache des früheren Preises emporgehoben worden sind. Es ist nicht wahr, daß dies „normale“, unabwehrbare Kriegspreise seien, daß die Linsen um den gleichen Betrag gestiegen seien. Es wird schamlos gewuchert in deutschen Städten mit den Lebensnotwendigkeiten, und gegen diesen Mißstand ist die Regierung ein Erfolg versagt geblieben. Das Volk, die Unbemittelten ebenso wie die Bemittelten, muß seufzend die Millionen-Gewinne für die Wucherluste aufbringen, damit diese so freundlich ist, die notwendigen Nahrungsmittel herauszugeben.“

Das ist gerade das Skandalöse bei dem Lebensmittelverkauf, daß die Preise künstlich in die Höhe getrieben werden durch ein Heer gewissenloser Spekulanten. Was für Menschen haben sich nicht alle auf den Lebensmittelhandel geworfen! Leute, die vor dem Kriege alles andere als Lebensmittelgeschäfte machten, verdienen nun auf Kosten der Gesamtheit ungeheure Summen mit den Waren, die wir zum notwendigsten Lebensunterhalt gebrauchen. Selbst Banken handeln mit Lebensmitteln, die sie natürlich nie essen, und stecken dabei hohe Gewinne ein. Durch fünf, sechs Hände gehen heute oft die Waren, bis sie zum Kleinverkauf kommen. Das ist die Ursache der ungeheuren Preissteigerungen, und nur durch ein Verbot dieses spekulativen Zwischenhandels kann der schamlose Wucher wirksam unterbunden werden.

Wie die Regierung, so hat auch die hiesige Stadtverwaltung in der Lebensmittelversorgung kläglich versagt. Wahrhaftig, an Vorschlägen, Anregungen, hat es hier ebenförmig gefehlt, wie für die staatlichen Maßnahmen. Es ist auch eine völlig ungenügende Entschuldigung, wenn von leitenden Personen im Magistrat die ungenügenden Vorkerkungen des Reiches als die Ursache kommunaler Mängel bezeichnet werden. Rein, der Magistrat hat bisher der städtischen Lebensmittelversorgung überhaupt viel zu wenig Bedeutung beigelegt. Er hat nicht großzügig, mit eigener Initiative gewirkt, sondern hat sich drängen lassen und nur das unbedingt Notwendige getan. Seine Maßnahmen waren ausschließlich von Rücksicht auf die Interessen des Handels diktiert. Dem Handel wollte man nicht zu nahe treten und ließ darunter die Gesamtbevölkerung leiden.

Welch klägliche Kapitel sind die städtische Butter- und dann später die Fleischverteilung. Es hat lange genau der öffentlichen Kritik bedurft, bis in die Butterverteilung eine andere Regelung kam. Beim Fleischverkauf haben wir bis auf den heutigen Tag das gleiche beschämende Schauspiel, das wir früher beim Butterverkauf hatten. Die Erfahrungen, die man dort gemacht hat, sind für die Fleischverteilung nicht verwertbar worden. Rein Wunder freilich, das sind ja auch zwei verschiedene Ressorts, von denen das eine nicht weiß, was das andere tut. In der „Volkstimme“ wurden schon vor vier Wochen die Zustände beim städtischen Fleischverkauf scharf kritisiert und ein Vorschlag für eine bessere Organisation gemacht. Die Erbitterung der Bevölkerung über diese mangelhafte Organisation wurde immer größer und umfaßte immer weitere Schichten. Jetzt erst hat das Gewerbe- und Verkehrsamt den Fleischverkauf besser organisiert. Und zwar, wie aus der getriggen Bekanntmachung ersichtlich, genau den seinerzeitigen Vorschlägen in der „Volkstimme“ entsprechend. Warum mußten aber vier Wochen ins Land gehen, bis man eine Menderung vornahm? Die heutige Zeit erfordert rasches und tatkräftiges Eingreifen. Das fehlt aber leider in der städtischen Lebensmittelversorgung.

„Einheitliche Grundgedanken, innerer Zusammenhang, großartige Organisation: das ist's, was in Frankfurt auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung fehlt.“ wurde in einem Artikel der „Volkstimme“ am 17. v. M. gesagt. Das trifft leider jetzt noch zu. Die Forderung auf Schaffung eines besonderen städtischen Lebensmittelamtes, die in diesem Artikel erhoben wurde, hat unterdessen in der Presse Unterstützung gefunden. So schreiben die „Frankfurter Nachrichten“ vom 6. Mai, diese Forderung würde „einem tatsächlichen Bedürfnis entspringen, denn dadurch wäre ein besseres Zusammenarbeiten aller amtlichen Stellen zu erzielen. Dieses städtische Lebensmittelamt,

das andere Städte schon längst haben, müßte die gesamte Lebensmittelversorgung umfassen und u. E. in folgende Abteilungen gegliedert sein:

- 1. Lebensmittelverkauf,
- 2. Lebensmittelverteilung,
- 3. Lebensmittelkontrolle.

Heute arbeitet jede der für einzelne Waren geschaffenen Abteilungen beim Gewerbe- und Verkehrsamt ohne innere Verbindung mit den anderen Abteilungen. Jede Abteilung erledigt den Einkauf wie die Verteilung selbständig. Daß aber eine Zentralisation beim Einkauf der Waren nur von Vorteil sein kann, liegt auf der Hand. Ebenso einleuchtend dürfte es sein, daß eine zentrale einheitliche Verteilung aller städtischen Nahrungsmittel dem getrennten System vorzuziehen ist. Nötig ist natürlich eine geschickte Leitung.

Die Warenverteilung ist neben dem Einkauf das wichtigste Ressort. Auf diesem Gebiet sind in Frankfurt die größten Fehler gemacht worden. Für die Warenkontrolle besteht eigentlich schon eine Abteilung, die Preisprüfungsstelle. Diese müßte freilich wesentlich erweitert werden. Wie notwendig eine ständige Kontrolle ist, haben die Ergebnisse der Prüfungen in Groß-Biedersfeld und Berlin gezeigt. Die Kontrollstelle muß weitgehende Befugnisse haben und ihr polizeiliche Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Nur bei scharfen, entschiedenen Eingriffen können die Mißstände in der Lebensmittelversorgung beseitigt werden.

In der morgigen Stadtverordneten-Versammlung werden wohl die aufgeworfenen Fragen eingehend erörtert, aber hoffentlich nicht nur von den Stadtverordneten, sondern auch vom Magistrat. Die Bürgerchaft sieht mit großem Interesse den Verhandlungen entgegen. Der Antrag Lion wird wohl einem Teil der Bevölkerung Schmerzen bereiten, die große Masse stimmt ihm aber mit Freuden zu. In anderen Städten, wie München, Stuttgart, ist man in ähnlicher Weise schon vorgegangen. Es muß eine Rationierung der notwendigen Lebensmittel erfolgen; es kann nicht so weitergehen, daß ein kleiner Teil der Bevölkerung Lebensmittel im Überfluß hat, der andere größere Teil aber hungern muß. Der Antrag Lion hat aber nur dann einen Wert, wenn der Bestandaufnahme eine scharfe, rückwärtslose Kontrolle folgt. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Antrag Lion unterstützen. Ihr Antrag zur Bekämpfung der Fleischnot will ja auf diesem Gebiet das Gleiche.

Wir hoffen und erwarten, daß die Stadtverordneten-Versammlung sowohl dem Antrag Lions wie dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zustimmt. Sie ist der Bevölkerung schuldig, alles zu tun, um eine bessere Lebensmittelversorgung zu ermöglichen. An dem Magistrat liegt es dann, zu handeln, die Anregung der Stadtverordneten in der Praxis durchzuführen. Verlangt er erneut, so hat er allein die Verantwortung zu tragen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion müßte dann erwägen, ob ihre Mitglieber noch weiter in der städtischen Lebensmittelversorgung mitarbeiten sollen.

**Zur Nordsee-Faymann** wird uns noch mitgeteilt: Die beiden Täter, der Arbeiter Alfons Kirchner und der Dreher Karl Rüniger, haben die Tat vorher ausbaldowert, sind mit einem von dem jungen Rüniger, Sohn der Haushälterin Rüniger, erhaltenen Hauschlüssel in den Hausflur eingedrungen, haben sich im Abort versteckt und den Ermordeten hier erwartet. Nachdem er seine Hände auf die Straße geführt, das Licht im Hausflur ausgelöscht hatte und soeben im Begriff war, sich in seiner Wohnung einzuschließen, haben sie ihn überfallen, festgehalten und am Schreien verhindert. Als durch eine Ränkerstimme und Gepolter auf der Treppe herannahende Entdeckung drohte, haben sie dem auf dem Boden liegenden Faymann das Taschentuch in den Mund gesteckt und die Mordtat ergriffen. Angeblich war nur geplant, den alten Mann, der vor Schrecken starr und wehrlos sein würde, zur Vergabe der Schlüssel zu zwingen und ihm das in seinem Schreibtisch vermutete Geld zu nehmen. Der entstehende Lärm setzte sie in Schrecken und so begnügten sie sich damit, ihm sein Portemonnaie mit 60 Mark zu entwenden. Der eine Täter, Karl Rüniger, ist ein Neffe der jetzigen Haushälterin des Ermordeten.

**Kepfweinstückpreise.** Vom Arbeitsausschuß der Frankfurter Ostwirtsvereine wird uns geschrieben: Durch Schreiben an die Ostwirtsvereine teilten die hiesigen Kepfweinstück-Produzenten eine Erhöhung der Kepfweinstückpreise um 4 Mark ab 18. März 1918 mit. Nachdem wir uns vergeblich bemüht hatten, mit der freien Vereinigung der Frankfurter Kepfweinstück-Produzenten in Verhandlung zu treten, sahen wir uns genötigt, die Preisprüfungsstelle anzugehen und sie zu ersuchen, die Berechtigung dieses Aufschlages zu prüfen. Nach eingehender Verhandlung und Prüfung, nachdem auch die Königl. Regierung in Wiesbaden zu der Frage Stellung genommen hat, wurde uns am 3. Mai 1918 die Mitteilung, daß der Preis für Kepfweinstück auf höchstens 26 Mark pro Hektoliter, für den Export auf höchstens 30 Mark pro Hektoliter festgesetzt sei, also unter Zustimmung eines Aufschlages von nur 2 Mark. Gleichzeitig wurde den Kepfweinstück-Produzenten zur Pflicht gemacht, den Kepfweinstück wie bisher auch in kleinen Gebinden abzugeben. Sollten vorstehende Preise überschritten werden, so wird hierin ein Verstoß gegen die Bundesratsverordnungen über Höchstpreise erwidert und entsprechend vorgegangen. Gleichzeitig wurden aber auch die Wirte verpflichtet, von der teilweise inzwischen borgenommenen Erhöhung der Ausschankpreise abzusehen und wieder den Preis zu nehmen, der vor dem 18. März jeweils in ihren Lokalen bestanden hat. Wir wiederholen: Der Einkaufspreis für Kepfweinstück beträgt ab heute 26 Mark. Jeder Wirt ist von heute ab verpflichtet, seinen Kepfweinstück zu dem Preise auszuschenken, zu dem er ihn vor dem 18. März ausgedient hat. In dem Uebererschreiten dieses Preises wird ein Verstoß gegen die Bundesratsverordnung über Höchstpreise erwidert und entsprechend bestraft.

**Es heißt bei der Gefängnisstrafe.** Im November 1914 konnte eine Mieterin, deren Mann im Felde war, ihrem Vermieter, dem Hausbesitzer A. Daube hier, die Miete nicht mehr zahlen. Daube fuhr seine Mieterin ziemlich hart an und fragte sie, für was sie denn ihre Unterstüßung bezahle. Er fuhr dann fort, ihr Mann könnte von seiner Löhnung auch zum Haushalt beitragen. Die Soldaten im Felde stächen sich viele Schuhe und Hüte an. Auf das Vorhalten der Frau, wie er derartige unziemliche Reden führen könne, wurde Daube nur noch ausschälliger und unflätiger und beschimpfte das deutsche Heer und seine Führer. Das Landgericht Frankfurt a. M. verurteilte ihn wegen Beleidigung des Heeres am 18. Januar 1915 zu 6 Monaten Gefängnis. Die vom Anwalt eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Im Dezember 1915 fand eine Wiederaufnahme des Verfahrens statt, die am 18. Februar 1916 zur Verurteilung des Daube zu 2 Monaten Gefängnis führte. Die gegen dieses neue Urteil vom Angeklagten eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht wiederum als unbegründet verworfen.

**Einbrüche.** Die nächtlichen Einbrüche in Wohnungen und Geschäftsräume haben seit einigen Wochen einen derartigen Umfang angenommen, wie er in Frankfurt überhaupt noch nicht be-

obachtet wurde. Jeder neue Morgen bringt der Polizei 10, 12 oder mehr Anzeigen über erfolgte Einbrüche. Zu den allermeisten Fällen machen die Diebe reiche Beute. Kamentlich haben sie es in ihren nächtlichen Raubzügen auf Lebensmittel jeglicher Art abgesehen. Bisher gelang es zwar der Polizei, eine erhebliche Anzahl Einbrecher zu verhaften, doch ist dadurch eine Verminderung der Einbrüche noch nicht eingetreten. Unter den Verhafteten finden sich zahlreiche alte Buhhändler und längst gefaschte „Kunden“, leider aber auch recht viele Jugendliche, Bürgersöhne von knapp 16 und 17 Jahren.

**Telegramme.**

**Die „Susser“ Opfer eines deutschen U-Boots.**

**Berlin, 10. Mai.** (W. V. Nichtamtlich.) Die „Norddeut. Allgem. Ztg.“ schreibt: Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, sind die bisher noch ausstehenden Feststellungen zum „Susser“-Fall in der Zwischenzeit erfolgt. Nach dem Ergebnis der damit abgeschlossenen Untersuchung ließ sich die Ansicht, daß die Beschädigung der „Susser“ auf eine andere U-Boot-Fahrt, als auf den Angriff eines deutschen Unterseebootes zurückzuführen sei, nicht aufrecht erhalten. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß das von einem deutschen Unterseeboot am 24. März dieses Jahres torpedierte vermeintliche Frachtschiff in der Tat mit dem Dampfer „Susser“ identisch ist. Die deutsche Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten hiervon benachrichtigt und ihr mitgeteilt, daß sie hiermit die Folgerungen im Sinne der Note vom 4. d. M. zieht.

**„Tubantia.“**

**Berlin, 10. Mai.** (W. V. Nichtamtlich.) Die „Norddeut. Allgem. Ztg.“ schreibt: Niederländische Zeitungen bringen die Nachricht, daß die „Tubantia“ durch die Abgabe eines deutschen Schiffes ungefähr des gleichen Wertes ersetzt werden würde. Diese Nachricht ist anscheinend dazu bestimmt, in den Niederlanden den Verdacht zu erwecken, daß deutsche Seestreitkräfte trotz der gegenteiligen Feststellungen der deutschen Regierung die „Tubantia“ vernichtet hätten. Da die „Tubantia“ nicht durch einen deutschen Angriff verloren gegangen ist, kann auch ein Erfolg durch ein deutsches Schiff nicht in Frage kommen.

**Briefgeheimnis und Feldpostkontrolle.**

**München, 9. Mai.** (W. V. Nichtamtlich.) In der Nummer der Abgeordneten wurde die Interpellation der Sozialdemokraten behandelt, in der die Regierung gefragt wird, welcher Weise sie die Wahrung des Briefgeheimnisses für sich schriftlich, die an Abgeordnete gerichtet seien, sicherzustellen denke. Anlaß zu der Interpellation bot der Umstand, daß ein aus dem Felde gekommener Brief an den Abgeordneten Heim von militärischer Seite geöffnet worden war. In der Verantwortung der Interpellation erklärte der Kriegsminister den Ausgangspunkt zu dieser bilde ein Einzelfall, über dessen nähere Umstände Sühheim bereits schriftliche Mitteilung erhielt. Die Kontrolle der Feldpostbriefe ergebe sich aus der Notwendigkeit, die feindliche Spionage und den feindlichen Nachrichtendienst zu bekämpfen und ihm nicht Nachrichten die Hand zu spielen, die für ihn von Bedeutung sein könnten. Mit dem Verkehr zwischen Angehörigen des Soldatenstandes und Abgeordneten stehe die Maßnahme in keinerlei Zusammenhang. Der bayerischen Heeresverwaltung stehe ein Einfluß auf diese von der Obersten Heeresleitung als notwendig anerkannten Maßnahmen nicht zu und sie sei daher nicht der Lage, die Durchführung der Briefkontrolle im Felde durch die Anordnungen des Kriegsministeriums zu beeinflussen. Es sei auch nicht in der Lage, Anträge auf eine Sonderbehandlung der an Abgeordnete gerichteten Briefe gegenüber der Obersten Heeresleitung rechtlich zu begründen. In eine Sprechung der Interpellation wurde nicht eingetreten.

**Amerikanisch-mexikanische Wirren.**

**Washington, 9. Mai.** (W. V. Nichtamtlich.) Präsident Wilson hat die Truppen aus den Staaten Texas, Arizona und New-Mexiko einberufen. Diese bilden mit zwei weiteren Regimentern regulärer Truppen, die bereits unterwegs sind, ein Streitmacht von 7000 Mann. Kriegsfreireisender Voser erklärt, daß diese Einberufung erfolgt sei, um die Grenze vor weiteren Überfällen zu schützen.

**Ein Blaubart.**

**Budapest, 9. Mai.** (W. V. Nichtamtlich.) In Einklang einer Ortschaft in der Nähe von Budapest, sind in einer Kammer, die zur Wohnung des zu Beginn des Krieges einberufenen Spenglermeisters Bela Rih gehörte, in sieben zugelochten Nachfängen sieben in Verwesung übergegangenene Frauenleichen gefunden worden. Die Untersuchung ist eingeleitet. Nach der Aussage von Hausbewohnern ist Rih in Serbien gefallen.

**Wiesbadener Theater.**

**Residenz-Theater.**  
Dienstag, 9. Mai, 7 Uhr: „Die selige Eggellens“.  
Mittwoch, 10. Mai, 7 Uhr: „Der Turck des Herrn Oberst“.  
Donnerstag, 11. Mai, 7 Uhr: „Herzschafflicher Diener gesucht“.  
Freitag, 12. Mai, 8 Uhr: „Der Fremde“; „Der Schwarzkünstler“.  
Sofstboestellung.  
Samstag, 13. Mai, 7 Uhr: „Gofgunst“; Neu einstudiert.  
Sonntag, 14. Mai, 7 Uhr: Unbestimmt.  
Montag, 15. Mai, 7 Uhr: Marcel Solger-Abend.

Ein in diesem Jahre aus der Schule entlassener Junge kann als

**Lehrling**

eintritt. Selbstversteht und selbst geschriebene Angebote wollen Berücksichtigung bis zum Freitag den 12. d. M. bei der unterzeichneten Stelle einreichen.  
Nachfragen und Vorstellungen werden.  
28 1287

**Allg. Ortskrankenkasse.**

**Geschlechtsverehr und**

**Geschlechtskrankheiten**

**Von Dr. Ernst Gebert**

Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten in Berlin  
Biete verbesserte Anstalt  
Preis 50 Pfennig  
Angeforderte Volksausgabe 20 Pf.  
Hauptabteilung Volksstimme  
Frankfurt a. M.  
Großer Fischgraben 17